

FAKTEN · DATEN · HINTERGRÜNDE · FAKTEN · DATEN

UZ-Serie: Die Spaltung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten TEIL II: Der kalte Krieg zerstörte die Hoffnung der Deutschen auf ein einheitliches und friedliches Gesamtdeutschland

Übergang von Kooperation zur Konfrontation erschwerte demokratische Umwälzung

Neue Hoffnungen zu Beginn des Jahres 1947

Aber zu Beginn des Jahres 1947 keimten zeitweise neue Hoffnungen für die Erhaltung der Antihitlerkoalition (AHK) zur Sicherung einer friedlichen Nachkriegsordnung auf. Am 10. Februar wurden in Paris Friedensverträge mit den ehemaligen Feindstaaten der AHK Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland durch gemeinsame Unterschrift besiegelt, nachdem der Rat der Außenminister (ein Gremium, das in Potsdam mit dem Auftrag installiert wurde, Friedensverträge vorzubereiten) die entsprechenden Dokumente ausgearbeitet hatte. Sie fixierten als völkerrechtliche Lösung die demokratischen Staatsordnungen ehemaliger Feindstaaten, darunter die Entwicklung von drei volksdemokratischen Ländern, sie waren ein wichtiger Schritt auf dem Wege einer europäischen Friedensordnung und unterstrichen zugleich die Möglichkeiten erfolgreicher Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auch nach Kriegsende. Da in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen war, nach Abschluss der Friedensverträge mit den Verbündeten des deutschen Faschismus und nach eingeleiteter Demokratisierung in Deutschland auch für den Hauptaggressor des zweiten Weltkrieges ein entsprechendes Dokument vorzulegen, bestand im Jahre 1947 die Chance, in absehbarer Zeit zu einer Friedensvertragslösung zu kommen und damit das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und die nationale Souveränität wieder zu erlangen. Aus diesem Grunde hing vom Verlauf der Verhandlungen über die Deutschlandfrage durch den Rat der Außenminister im wesentlichen das weitere Schicksal Deutschlands ab.

Ernsthafte Differenzen bei Moskauer Verhandlungen

Im März/April trafen sich die vier Außenminister in Moskau, um über die Modalitäten eines solchen Vertrages zu debattieren. Doch bei diesen Verhandlungen zeigten sich deutlich ernsthaftere Differenzen in Grundfragen des weiteren Schicksals Deutschlands zwischen der UdSSR einerseits und den Westmächten andererseits. Die UdSSR schlug vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten, der von einer entsprechenden Regierung unterschrieben werden sollte. Die Westmächte hingegen plädierten für einen Vertrag, eine Art Friedensstatut, das Deutschland auferlegt werden sollte. Davon abgesehen sollten weitere Meinungsverschiedenheiten auf.

Der sowjetische Vorschlag sah u. a. vor:

- Bildung einer deutschen Zentralregierung.
- Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung, angelehnt an die Weimarer Verfassung, durch alle deutschen Parteien, Organisationen und alle gewählten Landesverwaltungen.
- Durchführung von freien, gleichen und geheimen Wahlen, wiederum am Weimarer Wahlrecht orientiert, in deren Ergebnis eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden sollte.
- Abzug aller Besatzungstruppen nach Unterzeichnung eines derartigen Friedensvertrages.
- Diesen Plan, ausgerichtet auf die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen, lehnten die Westmächte kategorisch ab. Sie setzten auf den Weg einer Zwangs-föderalisierung, vom britischen Außenminister Bevin vorgeschlagen und als Bevin-Plan in die Gespräche eingegangen. Er enthielt folgende Forderungen:
- Eine gesamtdeutsche Regierung sollte durch die Ministerpräsidenten der Besatzungszonen, ohne die Beteiligung der anderen politischen Kräfte, gebildet werden (das hätte als ein Ministerpräsidenten aus den Westzonen, fünf Ministerpräsidenten der SBZ).
- Deutschland sollte nicht als Einheitsstaat, sondern als föderaler Staat aufgebaut werden, in dem das entscheidende Gewicht auf der Landesbene liegen sollte.

- Im Gegensatz zum sowjetischen Vorschlag gingen die Westmächte davon aus, daß nach Bildung eines solchen Staates noch eine zweite Phase der Kontrollperiode - also nicht Abzug der Besatzungstruppen - folgen müßte. Sie hatten auch bereits die Modalitäten für diese Periode parat, die vorsah, daß im Alliierten Kontrollrat das Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden sollte.

UdSSR sollte bei Verhandlungen ausgeschaltet werden

Demzufolge wäre eine Majorisierung der UdSSR in diesem Gremium und letztendlich deren Ausschaltung aus deutschlandpolitischen Entscheidungen gesichert gewesen. Und das bei gleichzeitiger Majorisierung der ostdeutschen Ministerpräsidenten, bei Ausschluß der Gesamtheit der politischen Parteien und Organisationen.

Mit Annahme dieses Planes wäre der Weg geebnet worden, um ganz Deutschland wieder in die imperialistische Einflußsphäre zurückzuführen, aus der die SBZ durch die antifaschistisch-demokratische Umwälzung bereits ausgebrochen war. Aber dieser Weg sollte mit Zustimmung der UdSSR beschritten werden!

Die sowjetische Delegation mußte, basierend auf den Potsdamer Beschlüssen, diese Vorschläge ablehnen. Um doch noch zu einer Lösung der widersprüchlichen Auffassungen zu kommen, schlug die Sowjetunion am 7. April 1947 eine Volksabstimmung in ganz Deutschland vor mit folgender Begründung: „Man muß die Meinung des deutschen Volkes darüber erfahren, ob es ein einheitliches Deutschland haben will oder ob es einer Föderalisierung zuneigt.“

Wie reagierte darauf die westlichen Außenminister? Dazu zuerst der britische Außenminister Bevin: „Das deutsche Volk hat Hitler unterstützt, und deshalb können wir diese Entscheidung nicht wieder dem deutschen Volk überlassen.“ Auch Außenminister Marshall unterstützte diese Position deutlich: „Heute zweifle ich daran, daß das deutsche Volk imstande ist, sich vernünftig zu dieser Frage zu verhalten. Ich zweifle sehr daran.“ So kam diese Außenministerkonferenz in allen Deutschland betreffenden wesentlichen Fragen zu keiner Einigung, doch einige Übereinkünfte gingen von ihr aus. So beschloß sie, nach im Jahre 1947 die Bodenreform in ganz Deutschland durchzuführen. (In der SBZ war diese bereits im Jahre 1946 im wesentlichen beendet.) Offensichtlich wollten die Westmächte zu diesem Zeitpunkt die Viermächte-Verwaltung noch nicht gänzlich zu Grabe tragen! Doch die nachfolgenden Monate bis zur nächsten Tagung des Rates der Außenminister (November/Dezember 1947) waren so spannungs- und konfliktgeladen, und die tiefgreifenden Auseinandersetzungen zwischen den ehemals Verbündeten eskalierten in der Phase der Politik des kalten Krieges. Der

Trumanrede - Auftakt des kalten Krieges

offizielle Auftakt zum kalten Krieg wurde mit der Rede des amerikanischen Präsidenten H. Truman vor dem USA-Kongress am 12. März 1947 gegeben. Hier erläuterte er Grundsätze und Ziele einer neuen Außenpolitik der US-Administra-



Präsidium des 1. Deutschen Volkskongresses, 6./7. Dezember 1947. 1. Reihe von rechts nach links: Otto Nuschke, Mitglied des Vorstandes der CDU, Dr. Wilhelm Külz, Vorsitzender der LDPD, Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED.

tion. Truman veranlaßte vom Kongress Mittel für die wirtschaftliche und vor allem militärische Stärkung reaktionärer Regimes in Griechenland und der Türkei gegenüber den demokratischen Bewegungen in diesen Ländern. Er rief zu einem offenen Kreuzzug gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Bewegungen und der nationalen Befreiungsbewegung auf. Dieser politische Kurs lief auf eine Revision der internationalen Nachkriegsordnung zugunsten des USA-Imperialismus hinaus. Einher ging diese Orientierung mit der Vorbereitung auf eine antisowjetische Blockbildung. Wirtschaftlich sollte das durch das sogenannte „Wirtschaftliche Hilfsprogramm für Europa“ - unter dem Namen Marshall-Plan bekannt - vorbereitet werden. Im Juni 1947 hatte der Außenminister Marshall ein solches Vorhaben angekündigt, und von Juli bis September fand in Paris eine entsprechende Konferenz statt. Diese amerikanische „Hilfe“ sollte als Medium für die Verwirklichung der aggressiven Westblockbildung und der Unterminierung des amerikanischen Führungsanspruchs dienen. Dabei nutzte die USA die Notlage großer Bevölkerungsteile aus, verschärfte durch einen harten Winter 1946/47 in den meisten europäischen Ländern. Daß damit wesentliche Grundlagen für die Errichtung eines aggressiven Militärblocks entstehen sollten, das blieb der Öffentlichkeit erst einmal angesichts sich öffnender Schaufenster verborgen.

Deutschland spielte in diesen Plänen eine besondere Rolle. Dazu stellte US-Senator James P. Warburg rückblickend fest: „Deutschland ist seitdem nicht mehr das Zentralproblem der Friedensordnung in Europa, das als solches isoliert behandelt werden konnte. Von diesem Zeitpunkt an wurde Deutschland eines der vielen Schlachtfelder, auf denen der kalte Krieg zwischen den Vereinten Staaten und der Sowjetunion geführt wird.“ Und das sollte sich bald zeigen. Bereits im Juli 1947 plauderte die New Yorker Wochenschrift „Newsweek“ folgendes aus: „Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Viermächte-Regimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werden... Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten.“

Außenministerkonferenz scheitert in London

So war bereits im Vorfeld der Lon-

bilisierung der Kräfte des deutschen Volkes und rief zur nationalen Selbsthilfe auf. Zum Zeitpunkt der Beratungen der Außenminister in London schlug der Parteivorstand der SED vor, in Berlin einen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden durchzuführen, der sich mit den Schicksalsfragen der deutschen Nation beschäftigen sollte. Darin forderte Otto Grotewohl: „Wir dürfen uns nicht an Außerlichkeiten und Formalitäten stoßen, denn es handelt sich um eine Aktion in letzter Stunde, um dem deutschen Volk unsere Auffassung klarzumachen.“ Dabei ging es ausschließlich um die Zusammenarbeit aller Klassen und Schichten, mit unterschiedlichen politischen Bindungen und Zielvorstellungen und weltanschaulichen Überzeugungen im Interesse der Einheit des deutschen Vaterlandes! Am 6./7. Dezember trafen sich 225 Delegierte, darunter 664 aus den Westzonen. Sie wählten eine Abordnung, die den Willen des deutschen Volkes den Außenministern in London vorzutragen sollten. Doch die britische Regierung verweigerte die Einreise. Am 20. Dezember rief der Ständige Ausschuss des deutschen Volkskongresses auf, sich der Gefahr der Zerreißung Deutschlands zu widersetzen und sich für einen Volksentscheid für die Einheit Deutschlands einzusetzen. „Deutschland kann nicht zerrissen werden, wenn sich der geschlossene Wille des deutschen Volkes dagegen stellt.“ So lautete die deutliche Aufforderung an das deutsche Volk.¹

Volksbewegung gegen drohende Spaltung

In diesen Tagen begann eine patriotische Volksbewegung, die bis zur Gründung der BRD die Separierung und Restauration imperialistischer Verhältnisse zu verhindern suchte. Die Westmächte verboten in ihren Zonen die Teilnahme an dieser Bewegung für Einheit und gerechten Frieden, weil sie das Votum des deutschen Volkes offensichtlich fürchteten. Die USA griffen außerdem nach jeder Möglichkeit, der Welt glauben zu machen, daß die sowjetische „Großmachtpolitik“ die Einheit Deutschlands zerstören würde. So nutzten sie auch die beendeten Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat vom 20. März 1948, um der Sowjetunion die Schuld für das faktische Ende der Viermächteverwaltung in Deutschland zuzuweisen.

Was war geschehen? Vom 23. Februar bis 6. März hatten die Westmächte gemeinsam mit den Beneluxstaaten über Deutschlandfragen beraten. Diese Beratungen, ohne Beteiligung der Sowjetunion, widersprachen den Festlegungen, im Potsdamer Abkommen. Als die sowjetische Delegation, die turnusgemäß im März den Vorsitz im Alliierten Kontrollrat hatte, Auskunft darüber verlangte, was ihr verweigert wurde, verließ sie den Beratungsort. Da hatten die Westmächte ihre Story. Jetzt konnten sie der Öffentlichkeit suggerieren - übrigens tun sie das bis zum heutigen Tag, daß die Sowjetunion der gemeinsamen Deutschlandpolitik den Todesstoß versetzt hätte. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Darstellung, daß der amerikanische Oberbefehlshaber als nächster Vorsitzender durchaus zu neuen Beratungen einladen konnte. Doch diese Einladung blieb aus! Das faktische Ende der Viermächteverwaltung leitete eine neue Phase der Spaltung Deutschlands ein.

SED rief auf zur nationalen Selbsthilfe

Angesichts einer solchen Haltung der Westmächte und der einflussreichen politischen Kräfte der Westzonen orientierte die SED auf die Mo-

Ernst der Situation deutlich gemacht. Dort hieß es: „Was wird aus Deutschland? Wird die Einheit Deutschlands endgültig zerschlagen? ... Die Entscheidung, die jetzt von dem deutschen Volk über Deutschland getroffen wird, bestimmt die Zukunft unseres Landes auf Generationen!“

Doch auch jetzt setzten die einflussreichen politischen Kräfte in den Westzonen auf die Karte des Antikommunismus und Antisowjetismus und verweigerten jede Zusammenarbeit mit der SED und hofften auf die Politik der Westmächte zur Westseparierung. Gleichzeitig gelang es ihnen, einen Großteil der deutschen Volkes von den entscheidenden Fragen abzulenken. Dazu nutzten sie jenes Szenarium der Westmächte, das die Welt ab Frühlommer des Jahres 1948 in Atem hielt, die Auslösung der Berlin-Krise, die den Rauchvorhang für die nächsten Schritte auf dem Wege der staatlichen Spaltung Deutschlands schuf.

Dr. HEIDI ROTH, Sektion Geschichte

Anmerkungen:

- 1) „Junge Welt“ vom 31. März 1989, Dokumentation „Wer spaltete Deutschland“, 13. Folge
- 2) Ebenda.
- 3) Ebenda.
- 4) Ebenda, Folge 13
- 5) Ebenda.
- 6) Ebenda, Folge 20
- 7) Ebenda, Folge 18
- 8) Ebenda, Folge 20
- 9) Ebenda, Folge 22

Bücher aus dem Dietz Verlag zum Republikjubiläum

Heinz Heitzer
DDR - geschichtlicher Überblick
Schriftenreihe Geschichte; 5., durchgesehene Auflage, 333 Seiten, 149 Abbildungen; Broschur, 5,80 Mark

Interessant und lebendig wird in dieser kurzen Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik der gesamte Entwicklungsweg von 1945 bis zur Gegenwart als tiefgreifender revolutionärer Prozeß behandelt, in dem die Gründung der DDR das größte Ereignis nach der Befreiung vom Faschismus darstellt. Vor allem besteht die schöpferische Rolle der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei zu verdeutlichen, arbeitet der Autor ebenfalls heraus, daß die sozialistische Einheitspartei Deutschlands immer erfolgreich um ein breites Bündnis und darum bemüht war, daß die Verbündeten einen eigenständigen Beitrag für ihren sozialistischen Staat erbrachten. Damit gibt er Antwort z. B. auf die Fragen: „Wie war der Aufstieg der DDR möglich?“, „Was sind die Quellen ihrer Kraft?“



Jürgen Hofmann
Ein neues Deutschland soll es sein

Zur Frage nach der Nation in der Geschichte der DDR und der Politik der SED
Schriftenreihe Geschichte, 243 Seiten, Broschur; 6,20 Mark

„Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“, war nach 1945 die Devise des deutschen und des ausländischen Großkapitals. Adenauer, die CDU und andere politische Kräfte der damaligen Westzonen richteten sich auf die Westmächte und deren Interessen aus und bildeten 1949 den separaten westdeutschen Staat, die Bundesrepublik Deutschland. Diese Entwicklung auf deutschem Boden nach 1945, die zur Spaltung Deutschlands führte, war und ist noch immer bevorzugtes Feld imperialistischer Spekulationen. Dabei bedient man sich in der BRD insbesondere der These von der „fortbestehenden einheitlichen deutschen Nation“. Die Publikation versucht, jene Zeit nach dem zweiten Weltkrieg mit ihren Klassenkämpfen und Entwicklungen nachzuvollziehen, aus der zwei voneinander unabhängige, souveräne deutsche Staaten sowie auf dem Territorium der DDR die sozialistische deutsche Nation hervorgingen.